

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Sie macht darauf aufmerksam, daß die zukünftigen Anforderungen an Gewerbe- und Industrieflächen auch mit dem erwarteten Strukturwandel zusammenhängen. Neben der Frage, wo im Lande es Platz für genehmigungspflichtige Anlagen gebe, sei es also auch notwendig zu wissen, wie vom Ministerium die Veränderung des Anforderungsprofils für gewerbliche Nutzung eingeschätzt werde.

Bei einer "public-private partnership" werde offenkundig so verfahren, daß vorbelastete Flächen mit aufstehenden Gebäuden zum Nulltarif eingebracht würden und daß der den Zuschlag erhalte, der am schnellsten etwas Vernünftiges mit einer Fläche anfangen könne. Die ursprünglichen Besitzer erhielten erst dann Geld, wenn die Flächen ertragbringend genutzt werden könnten. Sie möchte wissen, ob sich auch der MSWV um solche Lösungen bemühe.

Das Hollandgelände in ihrem Bochumer Wahlkreis gehöre ebenfalls der LEG. Bisher sei es nicht möglich gewesen, Auskunft darüber zu erhalten, welche Teile dieses Geländes sofort nutzbar und welche mit Altlasten belegt seien. Möglicherweise helfe ein getrennter Bebauungsplan, so daß man die unbelasteten Teile nutzen könne. Dann ginge in einer Stadt wie Bochum, die auch unter der Montankrise zu leiden habe, nicht noch mehr Zeit für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie verloren.

Abg. von Unger (CDU) stellt fest, die Diskussion um Asterlagen mache deutlich, in welche Schwierigkeiten man sich mit einer etwas ungeschickten Gesetzgebung verrannt habe. Schließlich handele es sich bei Schlacke lediglich um eisenarmes Gestein. Bezüglich der Löslichkeit der Schlackenstoffe könne das "Schlackenforschungsinstitut der Deutschen Eisenhüttenindustrie" Auskunft geben. Wichtig zu wissen sei, ob es wasserlösliche Schlackenstoffe gebe, die ins Grundwasser gelangen könnten. Darüber wisse man sehr genau Bescheid, weil Bohrungen aus allernächster Umgebung Auskunft über die Wasserqualität gäben.

Eine Vergiftungsgefahr für die Menschen, die auf solchen Böden lebten, bestehe schon insofern nicht, als auch eventuelle giftige Substanzen in der Schlacke gebunden seien.

Es habe immer Stoffe gegeben, die hinterher als nicht verträglich erklärt worden seien, obwohl sie jahrelang als verträglich gegolten hätten. Hier habe man mit einer gewissen Eigengesetzlichkeit Rahmenbedingungen entwickelt, mit denen man jetzt nicht mehr fertig werde. Man müsse nun nach intelligenteren Wegen suchen, um mit diesen Problemen fertig zu werden.

Minister Dr. Zöpel hebt hervor, Prozesse der Einwirkung bestimmter Stoffe auf den Menschen hätten schon immer stattgefunden, nur habe es nicht schon immer die wissenschaftlichen Methoden zu ihrer Feststellung gegeben. Vieles habe man bisher auch deshalb nicht feststellen können, weil die durchschnittliche Lebenserwartung so niedrig

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

gewesen sei, daß Menschen bestimmte durch technische Prozesse bedingte Krankheiten gar nicht hätten bekommen können, weil sie vorher an anderen Krankheiten gestorben seien. Die Vermehrung chemischer Stoffe durch industrielle Prozesse spiele ebenfalls eine Rolle.

Erwähnenswert sei auch, daß etwa 80 % aller naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, mit denen man heute im industriellen Prozeß umgehe, in den letzten 40 Jahren gewonnen worden seien. Im gleichen Maße hätten sich, da ja Vorteilen auch immer Nachteile gegenüberstünden, auch die Risiken erhöht.

Das Ministerium könne nur feststellen, ob in den Gemeinden Industrie Flächen gefördert würden oder ob diese verkauft seien. Da landesweit noch ein Drittel nicht verkauft sei und jeder Antrag auf Erschließung eines weiteren Geländes gefördert werde, sei dies seines Erachtens eine politisch zureichende Bestätigung dafür, daß das Land einer Notwendigkeit nachkomme.

Im Zusammenhang mit der Berechnung von Flächen und Arbeitsplätzen verweise er darauf, daß die Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke in umgekehrter Proportionalität zum Wirtschaftswachstum und zur Zahl der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen steige.

Es dürfe wohl als gesichert gelten, daß in Zukunft mehr Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich mit einer anderen Flächeninanspruchnahme, als man sie traditionell von der Industrie her kenne, geschaffen würden. Und bei den Debatten über die Präferenzen von High-Tech bestehe nach seiner Einschätzung auch allgemeiner Konsens darüber, daß dieser Bereich gefördert werden solle.

Was die Qualitätsanforderungen angehe, so vertrete er die Auffassung, daß sich die Gewerbeflächen der Zukunft auch an dem Grundgedanken der Lebens- und Wohnqualität ausrichten müßten. Man müsse überlegen, ob Beiträge zum Sozialprodukt nicht flächensparender erbracht werden könnten.

Der Überschuß in den meisten Gemeinden sei ein deutliches Zeichen für bei knappen Ressourcen stattfindendes Handeln, wenn es damit gekoppelt sei, daß jeder Antrag laufe, der von einer Gemeinde eingebracht werde. In den Ballungsgebieten werde man dem Qualitätsmerkmal der Ausstattung der für wirtschaftliche Zwecke vorgesehenen Grundstücke unter den beiden Kriterien, auch ökologische Faktoren und die Lebensqualität einzubeziehen und in der Bauweise flächensparend zu verfahren, wohl gerecht werden.

Was die Ausführungen von Abg. Schumacher (Kall) (CDU) über die Werte betreffe, so sei insbesondere auch in den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vorstellung entwickelt worden, wie man die vorhandenen Grundstücke in für Informationszwecke nutzbaren Bestandsaufnahmen festhalten könne. Zu den aufzunehmenden Angaben gehörten nach dem auch anderen Ressorts bekannten Kriterienkatalog sowohl die Bestandsaufnahme von Altlasten wie Hinweise darauf, welche Mobilisierungsschritte zur Beseitigung dieser Tatbestandsmerkmale unternommen werden konnten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Seines Erachtens habe die Landesregierung seit dem Antrag einiges in Gang gesetzt. Insofern halte er den Antrag für nützlich, weil so manchmal auch "Hemmungen" zwischen Land und Kommunen, die bisweilen parteipolitisch motiviert seien, überwunden werden könnten.

Zum Konsens über die Schwellenwerte weise er darauf hin, daß bundesrechtlich geregelt werde, welche Stoffe wo auftreten dürften. Somit verbleibe noch, eine Verständigung über konkrete Einzelfälle zu erzielen. Er warne aber davor, in eine wahrscheinlich nie endende Debatte über Grenzwerte für einzelne Stoffe einzutreten. Vonnöten sei vielmehr eine Verständigung darüber, wie man die beteiligten Behörden im Einzelfall auf der Grundlage der bestehenden rechtlichen Vorschriften zu zügigen Entscheidungen bringen könne.

Sollte dabei ein Stoff immer wieder mit bestimmten Werten auf verschiedenen Grundstücken gefunden werden, so müsse überprüft werden, ob die Grenzwerte richtig seien. Eine Generaldebatte über niedrigere Werte für umweltunverträgliche Stoffe halte er aber nicht für zweckmäßig, weil sie einfach nicht zu bewältigen wäre.

Der Minister teilt dem Ausschuß abschließend mit, er wolle Ende Februar einen Bericht über den derzeitigen Bearbeitungszustand aller erworbenen Grundstücke vorlegen. Dabei sollten die Hauptdefizite, die innerhalb des geltenden Rechtsrahmens aufgetreten seien, noch einmal aufgelistet werden. Anschließend sollten die Generalprobleme noch einmal mit den betroffenen Städten und den in Betracht kommenden Institutionen angesprochen und bis zur Sommerpause abgearbeitet werden. Dabei müßten die noch in der Grauzone liegenden Probleme der Bewertung am Einzelfall gelöst werden; denn eine abstrakte Debatte führe nach seiner Überzeugung nicht weiter.

Lampe (LEG) merkt an, man halte die Fläche Holland in Bochum-Wattenscheid im Rahmen des Grundstücksfonds für außerordentlich interessant. Sie sei insofern besonders bemerkenswert, als sie alle hier diskutierten Probleme des Flächenrecyclings in sich vereine. Auf dem Gelände, das unterschiedlich mit Altlasten belastet sei, befänden sich unter anderem denkmalwerte Gebäude sowie ein ehemaliger Kokereistandort, der sehr schwer zu sanieren sei. Besondere Probleme ergäben sich hier im Managementbereich, da man für solche Flächen keine isolierten Sanierungs-, Erschließungs- und Verwertungskonzepte erstellen könne. Vielmehr müßten die Maßnahmen ineinandergreifen, um effektiv zu sein.

Zur Zeit bemühe man sich mit der Stadt Bochum und dem Ministerium intensiv darum, zu solchen Konzepten zu kommen; allerdings sei noch kein Planungsauftrag erteilt worden. Neben der nach Grad und lokaler Zuordnung unterschiedlichen Belastung müsse auch berücksichtigt werden, daß Teilverwertungen bereits jetzt griffen. Bekannt sei ja, daß ein Gebäude an die Dufhues-Stiftung verkauft werden solle und auch das Jugendgemeinschaftswerk aus Gelsenkirchen an einer Verwertung

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

interessiert sei. In einem anderen Teilbereich solle eine gewerbliche Nutzung durchgeführt werden. Das schwer kontaminierte Gebiet werde sicher noch nicht in Betracht kommen, weil es noch keine entsprechenden Sanierungstechniken gebe.

Seitens der Stadt Bochum sei noch keine direkte Anfrage eingegangen. Der LEG sei lediglich einmal der Wunsch nach einer Terminkoordination vorgetragen, aber nicht weiterverfolgt worden. Dem Zwischenruf von Frau Abg. Thoben (CDU), daß die LEG zu einem verabredeten Termin nicht erschienen sei, obwohl die Stadt damit gerechnet habe, begegnet Geschäftsführer Lampe mit dem Hinweis, daß man diesen Termin nicht wahrnehmen können; dies sei der Stadt mitgeteilt und ein Ersatztermin angeboten worden, was offensichtlich in der Koordination untergegangen sei.

Er halte es durchaus für zweckmäßig, dem amerikanischen Partnership-beispiel mit dem Nulltarif zu folgen. Jedoch sei dies bisher aus mehreren Gründen noch nicht durchsetzbar gewesen. Allerdings müsse berücksichtigt werden, daß in Amerika meist völlig heruntergekommene Gebäude in Frage kämen, während man hier den völligen Zerfall nicht wolle und deshalb früher an die Entwicklung herangehe.

Dies führe dann dazu, daß diese Liegenschaften noch Buchwerte hätten, die schwer zu realisieren seien. Möglich sei dies nur bei einer starken Verhandlungsposition oder sehr guter Ertrags- bzw. Liquiditätsslage der Unternehmen. Wenn hiervon Unternehmen betroffen seien, die subventioniert würden und deshalb bei der Beurteilung ihrer Bilanzlage in besonderem Maße der öffentlichen Beobachtung unterlägen, werde dies noch besonders erschwert.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß heute auch der mitberatende Umweltausschuß - wahrscheinlich abschließend - berate. Er schlage vor, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten oder übernächsten Sitzung noch einmal aufzurufen, da er den Eindruck habe, daß man nicht erst den für Februar angekündigten weiteren Bericht von Minister Zöpel abwarten wolle. Ziel sollte es sein, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Zu 3: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Haushaltsgesetz 1989)

Drucksache 10/3500

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

Einführungsbericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

Vorlage 10/1753

Der Vorsitzende schlägt vor - und diesem Vorschlag schließt sich der
Ausschuß an -, angesichts der dem Ausschuß mit Vorlage 10/1753
zugeleiteten schriftlichen Einführung in den Haushalt auf einen
zusätzlichen mündlichen Bericht durch den Minister zu verzichten
und in die Beratungen anhand dieses schriftlichen Berichts einzu-
treten:

I. Allgemeine Einführung in den Wirtschaftshaushalt 1989 (Vorlage
10/1753 Seiten 1 bis 7).

Frau Abg. Thoben (CDU) erklärt, es falle auf, daß der Minister auf
Seite 4 "nach einer Vorabinformation" ein noch nicht abgeschlossenes
Gutachten mit wenigen Worten, aber nicht mit den Bewertungen und
Aussagen zitiere, die bereits in zahlreichen Presseverlautbarun-
gen das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätten.

Sie fragt, ob diese Auswahl durch den Minister ein Zufall sei oder
ob die vom Minister nicht erwähnten Ausführungen nach dessen An-
sicht nicht Gegenstand des endgültigen Gutachtens würden.

Auf Seite 5 des Einführungsberichts finde sich die Aussage, daß
der Minister die bewährte Wirtschafts- und Strukturpolitik fort-
setzen wolle. Der Minister beziehe sich dabei auf wenige Monatswerte,
um seine Aussage zu untermauern, daß in Nordrhein-Westfalen alles
ziemlich gut in Ordnung sei. Sowohl das RWI, soweit das Gutachten
bisher bekannt sei, als auch das Deutsche Institut für Wirtschafts-
forschung, das in einer weiteren Studie jüngst sehr nachdrücklich
die Wachstumsschwäche in der gesamten Branchenpalette unterstreiche,
kämen allerdings - auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Voll-
endung des Binnenmarktes - zu ganz anderen Bewertungen. Sie bittet
hierzu um eine Stellungnahme des Ministers.

Minister Dr. Jochimsen erläutert, er habe in seinen Bericht auf
Seite 4 eine Vorabinformation über eine in diesen Wochen abgezu-
schließende Untersuchung des RWI über "Entwicklungsmöglichkeiten
der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen" auf-
genommen, die Dr. Lamberts mit Mitarbeitern angefertigt habe. Die-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

se Arbeit komme in der Tat zu für die Entwicklung Nordrhein-Westfalens außerordentlich interessanten und bedeutsamen Ergebnissen, deren wichtigste er in seinem Bericht kurz erwähnt habe.

Aus der Untersuchung ergebe sich nämlich, daß Nordrhein-Westfalen gerade im Bereich der rechtlich selbständigen industriellen Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten außerordentlich erfolgreich tätig gewesen sei. Dies sei genau der Bereich, in dem das Technologieprogramm Wirtschaft angesiedelt sei und in dem sich auch die Qualifizierungs-, Innovations- und Technologiepolitik des Landes bewege.

Die Zahl dieser rechtlich selbständigen industriellen Kleinbetriebe habe sich in Nordrhein-Westfalen um 1 471 auf 16 594, in allen anderen Bundesländern zusammengekommen dagegen nur um 985 erhöht, so daß 60 % der in diesem Bereich zusätzlich tätigen Betriebe auf Nordrhein-Westfalen entfielen. Es handele sich dabei fast ausschließlich um Betriebsgründungen, da nur 57 Betriebe aus anderen Größenklassen abgestiegen seien.

Ein eindeutiger Schwerpunkt des Zuwachses sei im gesamten Bereich der Investitionsgütererzeugung festzustellen, auf den 10 000 der zwischen 1977 und 1986 von industriellen Kleinbetrieben im Lande geschaffenen 18 000 Arbeitsplätze entfielen. Die industriellen Kleinbetriebe stellten einen ganz besonders dynamischen Bereich dar, der unter anderem auch zum Wachstum von produktionsbezogenen Dienstleistungen führe.

Die Studie, die dies belege, werde in Kürze abgeschlossen sein und dann von ihm der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Frau Abg. Thoben (CDU) habe in etwas kryptischer Weise "weitere Studien" angesprochen. Da sich das RWI selbstverständlich mit zahlreichen Studien befasse, wisse er nicht, worauf sich dieser Hinweis bezogen habe.

Ihm sei ein durch Indiskretion vorab veröffentlichter Entwurf einer Binnenmarkt-Studie bekanntgeworden, die überhaupt noch nicht abgeschlossen sei, sondern sich in der Entstehungsphase befinde. In diesem Fall stehe er dem RWI außerordentlich kritisch gegenüber, weil es mit alten Datenbeständen aus den letzten Jahrzehnten operiere und gar nicht die in den vergangenen fünf Jahren eingetretenen Veränderungen berücksichtige, auf die er in seinem Bericht auf Seite 1 unten ausdrücklich hinweise:

Schon seit 1983 lassen die wichtigsten Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande eine kontinuierliche Annäherung an den bundesdurchschnittlichen Wirtschaftstrend erkennen ...

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Diese Aussage werde dann anhand der industriellen Auftragseingänge und des Niveaus der Nettoproduktion belegt. Schließlich habe der Ausschuß Anspruch darauf, die jeweils neuesten verfügbaren Daten kennenzulernen; denn der Etat 1989 sei auch eine Antwort auf die konkrete Wirtschaftslage. Deshalb sei es nicht Zufall, sondern Absicht, daß er in dem Bericht über die Gegenwart und die ihr unmittelbar vorausgehende Phase spreche.

Das alles sage er auch mit Blick auf die zu seiner Überraschung im Wochenbericht 39/1988 erschienene Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung; denn diese Studie beinhalte eine etwas merkwürdige Wiederholung nachweislich "alter Kamellen", die dem Ausschuß längst bekannt seien, weil die Schäfer-Studien seit Jahren dasselbe Zahlenmaterial enthielten.

Hinzu komme, daß die DIW-Studie methodisch überhaupt nicht in der Lage sei, auf die von ihm soeben dargelegten Entwicklungen einzugehen. Sie stelle nämlich Zeitpunktvergleiche - zum Beispiel Vergleich des Jahres 1970 mit 1980 und 1980 mit 1986 - an und könne deshalb die jährlichen Veränderungsraten, das Umschlagetempo - das in Nordrhein-Westfalen, wie dargelegt, im Jahre 1983 eingesetzt habe - und den Aufholkurs überhaupt nicht berücksichtigen.

Er sei sehr froh darüber, daß sich die Wirtschaftspresse und die Wirtschaftskommentatoren der Rundfunkanstalten hiervon wohltuend abgesetzt hätten und nicht in dasselbe Geschrei verfielen, das das Land über Jahre hinweg belastet habe. Daß das Land wegen des Abbaus der Schwerindustrie und der hohen Arbeitslosigkeit relativ an Positionen verloren habe, dem liege auch ein gut Teil Absicht bundespolitischer und bundesstaatlicher Anstrengungen zugrunde, daß die anderen Bundesländer etwas hätten aufholen sollen. Dann aber dürfe man nicht ständig in eine larmoyante Debatte über Anteile und Anteilsveränderungen eintreten.

Eine Studie, die Frau Abg. Thoben (CDU) möglicherweise auch gemeint habe, sei die am Wochenende bekanntgewordene neue Studie des RWI zum Stellenwert der Umwelttechnik. Er könne nur mit großer Verblüffung zur Kenntnis nehmen, auf welche "Zahlenfriedhöfe" der Stahl- und Kohleindustrie man sich dabei stütze. Aus politischer Sicht erweise sich ein wissenschaftliches Institut seines Erachtens keinen Gefallen damit, wenn es Zahlen aus früheren Jahrzehnten verwende, sie aber nicht wirklich verantwortlich bewertend auf die aktuelle Situation beziehe, oder wenn es mit unzulänglichen Methoden arbeite, die die aktuellen Entwicklungen gar nicht aufgreifen könnten.

Wenn die Studien zu der Zeit vorgelegen hätten, als er den Einführungsbericht abgefaßt habe, hätte er dazu in dem Bericht Stellung genommen, was er hiermit nachgeholt habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Zu der zuletzt erwähnten Studie, so erwidert Frau Abg. Thoben (CDU), könne sie im Augenblick nichts sagen, weil ihr eine Berichtserstattung darüber bisher nicht bekannt sei.

Die beiden vom Minister angesprochenen RWI-Studien, nämlich die von Dr. Lamberts und die zum Binnenmarkt, befänden sich offenkundig in demselben Stadium der Fertigstellung; denn im Einführungsbericht sei von einer "in diesen Wochen abzuschließenden Untersuchung" die Rede, und im gleichen Sinne habe sich der Minister auch zu der EG-Binnenmarkt-Studie geäußert.

Sie fragt, ob die Zeiträume, auf die sich diese beiden Studien bezögen, tatsächlich so voneinander abwichen. Der Presse habe sie nämlich entnommen, daß die Binnenmarktstudie mit dem Zahlenmaterial von 1986 ende, was ausweislich des Einführungsberichts auch für die Kleinbetriebsstudie von Dr. Lamberts zutreffe. Dasselbe gelte auch für das, was das DIW veröffentlicht habe. Insofern interessiere sie, warum der Minister dann in dem einen Fall eine derart massive Kritik für angebracht halte und in dem anderen Fall die aus seiner Sicht so erfreuliche Entwicklung im Lande betone.

Abg. Mernizka (SPD) weist darauf hin, daß in der allgemeinen Einführung in den Haushalt die bestehenden Schwierigkeiten nicht verschwiegen würden, auch wenn die CDU mit ihrer Kritik den Eindruck erwecken wolle, als sei die Darstellung übertrieben positiv. Wenn von einem "beständigen Aufholkurs" die Rede sei, dann gehe daraus auch hervor, daß man weiterhin aufholen müsse. Und was inzwischen aufgeholt worden sei, werde ebenfalls realistisch dargestellt.

Auch die Risiken und Chancen des EG-Binnenmarktes würden auf den ersten fünf Seiten des Berichts klar herausgearbeitet. Es sei also unangebracht, so zu tun, als betreibe die Landesregierung in dem Bericht nur Schönfärberei und sehe über die Probleme des Landes hinweg.

Wer nicht zur Kenntnis nehmen wolle, daß im Lande Positives in Gang gesetzt worden sei, was letztlich auf Regierungshandeln und auf das Handeln aller politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen zurückzuführen sei, der habe offensichtlich nur Interesse daran, das Land mies zu machen. Deswegen sollte man Studien nicht immer gleich so hinstellen, als seien sie der Beweis dafür, daß das, was im Land in Wirklichkeit geschehen sei, doch nicht zutreffe.

In der heutigen Presseschau finde sich eine Stellungnahme des kritischen Unternehmers und ehemaligen Wirtschaftsministers Kienbaum zu den Vorzügen und Schwächen des Landes, der bei aller Kritik aber doch festgestellt habe, daß Nordrhein-Westfalen ein Standort erster Güte sei. Er, Mernizka, räume ohne weiteres ein, daß es nach wie vor Defizite im Lande gebe. Wenn man dies aber wisse, dann sollte man sich darauf konzentrieren, diese Defizite in gemeinsamem Handeln abzubauen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Der Einführungsbericht des Ministers sei nach seiner Einschätzung eine realistische Darstellung in Kurzform. Die in den nächsten Jahren zu bewältigenden Aufgaben würden in den folgenden Kapiteln im einzelnen dargestellt.

Frau Abg. Thoben (CDU) stellt klar, daß die CDU es nie darauf angelegt habe, den Standort Nordrhein-Westfalen mit seiner zentralen Lage in Europa mies zu machen. Man habe vielmehr die Defizite in der Politik aufgezeigt - und dies sei schließlich Aufgabe der Opposition.

Wenn Abg. Mernizka (SPD) einen Teil des Kienbaum-Interviews zitiert habe, dann verweise sie auf die darin auch enthaltene - und ihrer Meinung nach zutreffende - Feststellung, daß Politiker mit Managerqualitäten fehlten.

Sie wiederholt ihre Frage, warum eine mit dem Jahr 1986 endende Studie, wenn sie dem Minister gefalle, als zitierwürdig angesehen werde, und wenn sie ihm nicht gefalle, offenbar Teufelswerk sei.

Sie fragt nach, ob ihre Schlußfolgerung aus Seite 6 des Berichts zutreffe, daß sich die Lamberts-Studie nur auf industrielle Kleinbetriebe beziehe und damit sowohl das Handwerk als auch alle nichtindustriellen Betriebe aus der Betrachtung ausgeklammert worden seien.

Unter Bezugnahme auf die auf Seite 3 des Berichts angesprochene konjunkturelle Entwicklung in der Stahlindustrie möchte Abg. Skorzak (CDU) wissen, wie hoch die gegenwärtige Kapazitätsauslastung in der Stahlindustrie sei, wie hoch sie vorher gewesen sei und wie hoch sie der Minister nach dem jetzigen Boom einschätze.

Die Lamberts-Studie behandelt nach Darstellung von Minister Dr. Jochimsen ausführlich die Entwicklungsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Damit sei nicht nur der industrielle Kleinbetrieb gemeint. Was Lamberts aber besonders interessiere, sei der dynamische Bereich, aus dem etwas hervorgehen könne, während er die der Versorgung dienenden kleinen und mittleren Betriebe hierbei eher in einer passiven Rolle sehe. Es handele sich um eine bemerkenswerte Analyse, zu der er gern noch im einzelnen vortragen werde.

Da immer wieder der Vergleich zwischen Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern angestellt werde, habe er darauf aufmerksam machen wollen, daß es ein beachtenswertes Ergebnis sei, wenn vom bundesweiten Zuwachs an industriellen Kleinbetrieben bis zu 20 Beschäftigten immerhin 60 % auf Nordrhein-Westfalen entfielen. Er nehme für die Landesregierung in Anspruch, dazu beigetragen zu haben.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

In vielen Analysen des RWI, so fährt der Minister fort, werde immer wieder deutlich gemacht, daß die großen Gewichte der Industriestruktur ohnehin bestimmt seien und daß sie von der Landespolitik weder gesetzt noch beeinflusst würden. Es herrsche die Tendenz vor, daß sich diese Frage überhaupt nicht von der Landespolitik steuern lasse, sondern von Weltkonjunktur, Zinsentwicklung, Geldmengenvermehrung und dergleichen Dingen abhängen.

Er sehe dies im Zusammenhang mit der Kritik der Opposition, daß es ganz bestimmte Defizite in der Landespolitik gebe. Diese aber könnte er sofort in Defizite der Bundespolitik umrechnen, die hierbei viel gewichtiger sei. Er führt als ein Beispiel an, daß Erdölraffinerien wegen einer bisher völlig unzureichenden Umweltschutz-Egalisierungspolitik der EG aus Nordrhein-Westfalen nach Holland abwanderten.

Er sei in diesen Dingen mit Frau Abg. Thoben (CDU) ohnehin völlig unterschiedlicher Auffassung, weil sie ohne Perspektive punktuell von Argument zu Argument haste und sich nicht klarmache, was eigentlich politisch geschehen könne und solle.

Schon bei den sogenannten WestLB-Studien habe man immer das Problem gehabt, daß eine Identifizierung des Autors mit einem Institut vorgenommen werde. Auch die RWI-Studien würden nicht vom Institut, sondern von Mitarbeitern geschrieben. Vielleicht könne man auch Kritik an der Institutsleitung wegen fehlender Koordination üben, daß dabei so unterschiedliches "Zeug" herauskomme.

Für das Ergebnis, zu dem man mit einer Studie gelange, sei es schließlich von ausschlaggebender Bedeutung, ob man eine Entwicklung über Jahre vergleiche oder ob man sich auf Jahrespunktvergleiche beschränke. Wenn man beispielsweise das Jahr 1986 mit 1950 vergleiche - wie dies in den Wahlkampfstudien der CDU immer wieder geschehe -, dann stünden dem damals 50%igen Anteil der Exporte heute nur noch 30 % gegenüber. 30 % aber seien wesentlich mehr, als es dem Anteil des Landes am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik entspreche.

Offenbar ermangele es dem RWI im Augenblick einer effektiven Institutsleitung, um eine Koordination der Studien herbeizuführen. Man werde deshalb auf weitere Überraschungen gefaßt sein und damit rechnen müssen, daß immer wieder irgendwelche Teilstudien herausgegeben würden. Nur sei es - und das gelte auch für Studien anderer Einrichtungen - nicht angemessen, sie immer sofort mit dem Institut gleichzusetzen.

Die Frage von Abg. Skorzak (CDU) sei zweifellos die "Jahrhundertfrage". Er sei irritiert sowohl über die Prognosegläubigkeit der Branche als auch über die dabei aufgetretene Irrtumshöhe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Im Augenblick könne er nur feststellen, daß es eine ausgelastete Stahlindustrie gebe, die offenbar weltweit Schwierigkeiten habe, den vorliegenden Aufträgen nachzukommen. Die Schätzungen darüber, wie lange dieser Zustand anhalten werde, gingen sehr weit auseinander. Er ziehe daraus den Schluß, daß es nicht vernünftig wäre, auf einem solchen Boom langfristige Strukturentscheidungen aufzubauen.

Es könne nicht Aufgabe der Politik sein, konjunkturelle Einschätzungen zu liefern. Dies müßten die Unternehmungen selber tun. Man habe gerade jetzt erlebt, wie schwer ihnen das falle.

Manche sagten jetzt, sie hätten die Entwicklung seit Monaten vorausgesagt; sie hätten diese ihre Voraussage nur nicht an die Öffentlichkeit gegeben. Das RWI beispielsweise mache geltend, das alles sei Ende des Jahres bekannt gewesen; sie hätten es nur nicht veröffentlicht - und das wäre zu einem Zeitpunkt gewesen, zu dem die Veröffentlichung ein Politikum zugunsten der Arbeitnehmerschaft gewesen wäre! So werde, da es ja hierbei nicht um akademische Spielereien gehe, mit Zahlen Politik gemacht.

Er könne also die Stahlindustrie selber nur auffordern, die Einschätzung der Konjunktur verantwortlich vorzunehmen und darauf ihre weitere Politik aufzubauen.

Im übrigen finde er sich in seiner Meinung durch die jüngste Absicht der EG-Kommission bestätigt, den Ende 1988 auslaufenden Subventionskodex zu verlängern. Dabei gehe es um die Frage, ob bei Umweltschutzaufwendungen, bei Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und bei Stilllegungen ganzer Betriebsteile Hilfen gegeben werden könnten. Die EG-Kommission habe keine Veranlassung gesehen, von ihrer bisherigen Position abzuweichen, und dies bedeute eine Verlängerung des Subventionskodex. Darin sehe er auch eine Einschätzung der Zukunft der Stahlbranche, die man im Gedächtnis behalten sollte.

Immer wieder, so gibt Abg. Westermann (SPD) zu bedenken, werde von den Risiken des EG-Binnenmarktes gesprochen. Aber auch heute schon konkurriere die Bundesrepublik mit den anderen EG-Staaten, mit niedrigeren Lohnniveaus und mit unterschiedlichen Umweltschutzaufgaben, und dennoch erweise sich die Bundesrepublik - und auch das Land Nordrhein-Westfalen - in diesem Wettbewerb als recht stark; denn zwei Drittel der Exporte gingen in die EG. Genauso stehe der deutsche Markt den EG-Ländern offen, und dennoch habe man sich hier aufgrund der Wirtschaftskraft, der hohen Produktivität und Qualität der Produkte recht gut behauptet.

Er könne angesichts des sehr positiven Exportsaldos gerade in die EG nicht erkennen, worin denn die neuen Risiken des Binnenmarktes lägen, die Deutschland in eine schlechtere Wettbewerbsposition bringen könnten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß der Minister selbst in seinem Einführungsbericht von "Chancen und Risiken" schreibe. Ihrer Erinnerung nach habe der Minister auf einer Pressekonferenz zusammen mit Vertretern des Handwerks und der Industrie- und Handelskammern deutlich gemacht, daß die Chancen, wie sie sich in dem von Abg. Westermann (SPD) erwähnten Exportüberschuß dokumentierten, von der Industrie relativ optimistisch eingeschätzt würden. Dagegen habe das Handwerk offenbar große Sorgen, weil zusätzliche Liberalisierungen aus der Sicht des Handwerks für zusätzlichen Wettbewerb auf Feldern führen würden, auf denen es sich bisher im Inland ziemlich geschützt habe bewegen können.

Sie bezieht sich auf den gestrigen gemeinsamen Besuch in der Euregio, wo man gehört habe, daß es im Verkehrsgewerbe berechnigte Sorgen hinsichtlich der zusätzlichen Liberalisierung mit ihren Wettbewerbskonsequenzen gebe.

Auch auf dem Energiesektor seien bedeutsame Veränderungen zu erwarten, angesichts derer man noch nicht wisse, was man im Inland tun müsse. Dazu habe die CDU eine Große Anfrage an den Wirtschaftsminister gestellt, um von ihm zu erfahren, wie er sich mit der Industrie des Landes auf die absehbaren Veränderungen einstellen wolle.

Ferner werde es in der verkehrlichen Infrastruktur Veränderungen durch die Vollendung des Binnenmarktes geben, auf die man hier mit Anpassungsmaßnahmen reagieren müsse.

Dem Einwand des Ministers, daß dies nicht die Frage von Abg. Westermann (SPD) gewesen sei, widerspricht Frau Abg. Thoben (CDU): Abg. Westermann habe in Frage gestellt, ob denn angesichts des bereits stattfindenden Wettbewerbs und der dabei erzielten Exportüberschüsse überhaupt zusätzliche Wettbewerbsprobleme durch die Vollendung des Binnenmarktes zu erwarten seien.

In Beantwortung dieser Frage habe sie die Felder benannt, auf denen zusätzlicher Wettbewerb zu Herausforderungen führen werde, die einigen hierzulande Sorgen bereiteten - und das Handwerk habe sie gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister der Öffentlichkeit vorgestellt -, während andere eher erwarteten, von dem mit der Deregulierung verbundenen Wachstumsschub zu profitieren. So verteilten sich Chancen und Risiken, wie sie auch der Minister in seinem Einführungsbericht bezeichnet habe.

Man müsse also die Stärken des eigenen Landes nützen und nach Möglichkeit noch ausbauen und die Schwachstellen - wie zum Beispiel im Bereich der Energiepolitik -, die ab 1992 unter zusätzlichen Druck geraten könnten, auf diesen Zeitpunkt vorbereiten und sie dafür fitmachen. Dazu vermisse die CDU noch eine Reihe von Antworten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Auch Abg. Schumacher (Kall) (CDU) warnt davor, angesichts der Exportüberschüsse in Milliardenhöhe über die zweifellos zu erwartenden Probleme hinwegzusehen. Diese Probleme beträfen zum Beispiel den gesamten Verkehrsbereich. Es sei unbestritten, daß man mit einem 38-t-Zug in der Bundesrepublik mit 10 000 DM pro Jahr diskriminiert sei. Wenn dann die Schranken wegfielen und keine Konzessionen mehr erforderlich seien, könne man sicher nicht davon reden, daß das keine Probleme mit sich bringen werde.

Abg. Apostel (SPD) richtet an Frau Abg. Thoben (CDU) die Frage, welche Lösungsansätze sie denn bezüglich der von ihr vorgetragenen Schwierigkeiten anzubieten habe.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) kommt auf Seite 5 des Einführungsberichts zurück. Er möchte wissen, an welchen konkreten Beispielen über die hier aufgeführten Zahlen hinaus sich ausmachen lasse, daß sich, wie dort ausgeführt werde, die Grundsätze nordrhein-westfälischer Wirtschafts- und Strukturpolitik bewährt hätten.

Er fragt, ob in diese Grundsätze der Wirtschaftspolitik nicht als vierter Grundsatz die "Förderung besonders der mittelständischen Wirtschaft in allen Regionen des Landes" - wobei er selbstverständlich besonders an Ostwestfalen denke - aufgenommen werden sollte. Damit könnte hervorgehoben werden, daß man nicht den Fehler mache, sich auf die Sanierung von Großbetrieben oder auf die Erhaltung überholter Branchen zu konzentrieren.

Frau Abg. Thoben (CDU) weist, an Abg. Apostel (SPD) gewandt, darauf hin, daß es durchaus große Unternehmen im Lande gebe, die im Hinblick auf den Binnenmarkt grundlegend neue Entscheidungen vorbereiteten. Das gelte zum Beispiel für die WestLB. Diese Frage werde den Landtag noch intensiv beschäftigen, und sie werde nicht unwesentliche Konsequenzen auch auf die Organisation der gesamten Wirtschaftspolitik des Landes haben. Hiermit werde man sich auch bei den Haushaltsberatungen zu befassen haben, und das reiche bis in die Stellenpläne des Wirtschaftsministeriums hinein.

Was die Ängste des Handwerks betreffe, so wäre es am aller-schlechtesten, kein realistisches Bild über die Herausforderungen zu malen. Das nämlich würde zu der falschen Annahme führen, daß sich nichts ändern werde. Als Konsequenz würde man sich dann nicht in dem Umfang anpassen, wie man es sonst tun könnte, um mit den Herausforderungen fertig zu werden.

Nicht alle Sorgen des Handwerks müßten aber zwangsläufig zu Benachteiligungen führen. So gebe es Chancen zum Beispiel aufgrund der 1992 zwingend vorgeschriebenen Ausschreibung öffentlicher Aufträge, die auch durch das nordrhein-westfälische Handwerk wahrgenommen werden könnten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

Es gelte nun, über diese Chancen zu informieren und bestehende Informationsdefizite zu beseitigen. Sie denke in diesem Zusammenhang beispielsweise daran, zusammen mit den Organisationen einen Datentransfer über öffentliche Ausschreibungen bis in den Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen jetzt aufzubauen. Dieses Thema sei noch nicht gelöst.

Die CDU wolle keine Schutzzäune erhalten. Sie würden bei der Vollendung des Binnenmarktes zwangsläufig auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft. Dann aber werde man auch mit einem Thema konfrontiert sein, das ihres Erachtens noch gar nicht aufgearbeitet sei, nämlich mit dem Thema "soziale Harmonisierung". Die Forderung, daß es kein einheitliches Europa auf dem niedrigsten Standard geben dürfe, höre sich zwar sehr gut an; aber auch hier sei es den Menschen gegenüber fairer, ein realistisches Bild aufzuzeigen und klarzumachen, daß es auch keine Harmonisierung auf dem allerhöchsten, nämlich dem deutschen Standard geben werde.

Die CDU beschreibe vor diesem Hintergrund zum Beispiel auch das Faktum, daß in Nordrhein-Westfalen immer noch überdurchschnittlich hohe Löhne gezahlt würden. Sie geht in diesem Zusammenhang auf eine praktische Konsequenz des Binnenmarktes ein: In Nordrhein-Westfalen seien in erheblichem Umfang Menschen in der Textil- und Bekleidungsindustrie beschäftigt, einer Branche, die seit Jahren unter Wettbewerb stehe und sehr viele Anpassungsmaßnahmen hinter sich habe. Dieser Anpassungsprozeß sei, um ihn zeitlich zu strecken, durch das Welttextilabkommen begleitet worden.

Vom Zeitpunkt der Vollendung des Binnenmarktes ab werde es keine Länderquoten mehr geben; die Regulierung der Importe werde also nicht mehr für jedes einzelne EG-Land, sondern EG-weit erfolgen. Allen Beteiligten sei klar, daß das Konsequenzen für Standortentscheidungen von Unternehmungen innerhalb des EG-Binnenmarktes haben werde.

Auf einen Zuruf von Abg. Apostel (SPD) fährt sie fort, einen Teil der Quoten habe die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie länderspezifisch zur Ausnutzung der Veredelungsverkehre wahrnehmen können. Dies sei nur möglich gewesen, wenn sie hierzulande produziert habe. Diese Beschränkung entfalle ab 1992, weil dann die Quoten EG-weit gerechnet würden, so daß die Inanspruchnahme unabhängig vom Standort innerhalb der EG erfolgen könne.

Sie sei interessiert daran zu erfahren, ob die Einschätzung durch den Minister tatsächlich so weit von dem abweiche, was sie hier vorgetragen habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

In Beantwortung der Frage von Abg. Heinemann (Enger) (CDU) macht der Minister deutlich, daß er in dem Einführungsbericht nur einen kleinen Ausschnitt aus den Erfolgen des Aufholkurses dargestellt habe; denn es könne nicht Aufgabe eines solchen Einführungsberichts sein, alles und jedes bis ins einzelne auszubreiten. Neben weiteren Zahlen, die er zum Beweis der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes anführen könnte, nenne er die folgende: Wenn über 50 % der japanischen Investitionen in Fertigungsstätten in Nordrhein-Westfalen getätigt würden, dann sei das in seinen Augen ein Ausdruck für die Attraktivität dieses Landes.

Auch die Grundsätze der Politik könnten in einem solchen Bericht nicht in extenso dargestellt werden. Der "Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit", die "Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen", die "Integration von Ökologie und Ökonomie" - all dies lebe davon, daß die kleinen und mittleren Unternehmen ihre besondere Chance nicht nur erhielten, sondern auch wahrnehmen. Dies sei auf den ersten Seiten des Berichts und auf den Seiten 14 ff. ausführlich dargestellt, so daß er die vorgetragene Sorge nicht verstehen könne.

Der Minister unterstreicht, daß die Fördermaßnahmen der Landeswirtschaftspolitik zum weit überwiegenden Teil landesweit Gültigkeit hätten. Das treffe für die Außenwirtschaftspolitik, die Berufsbildungspolitik, die Mittelstandspolitik, die Förderung der örtlichen Beschäftigungsinitiativen, das Technologieprogramm Wirtschaft, das Programm Zukunftstechnologien und das Programm rationelle Energieverwendung zu. Dies komme auch Ostwestfalen/Lippe in voller Breite zugute, und die Förderzahlen belegten das. Die Förderergebnisse seien gerade in den Nicht-Ballungsräumen pro Kopf der Bevölkerung höher als in den Ballungsräumen selbst.

Zum Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit habe die Landesregierung ein Außenwirtschaftskonzept vorgelegt, das die kleinen und mittleren Unternehmen in den Mittelpunkt stelle. Dies werde auch bei der Landesinitiative "Binnenmarkt 1992" der Fall sein.

Er bitte darum, über alle diese Fragen in einen vernünftigen, analytischen und politisch verständnisvollen Dialog einzutreten. Dabei dürfe man zum Beispiel die Frage des Lohnniveaus, die Frau Abg. Thoben (CDU) soeben in bezug auf die anderen Bundesländer angesprochen habe, nicht einfach auf Spanien übertragen; denn dies seien zwei verschiedene Themen.

Im übrigen bestehe der immer wieder auch vom RWI behauptete Lohnlastenvorsprung Nordrhein-Westfalens nicht mehr in dem früheren Umfang. In einer der wichtigsten Wachstumsbranchen beispielsweise, in der Maschinenbauindustrie, liege Baden-Württemberg bei den Löhnen vor Nordrhein-Westfalen, das sich im Bundes-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

durchschnitt bewege. Er warnt davor, falsche Schlüsse aus der Lohnlast der Stahlindustrie und des Bergbaus zu ziehen, die aufgrund vielerlei schwieriger Arbeitsbedingungen höhere Löhne zahlten.

Diese Diskussion werde ohnehin sehr provinziell geführt; denn beim Thema "EG" gehe es nicht um einen Vergleich der Bundesländer untereinander, sondern um die Frage, wie sich die deutsche Volkswirtschaft als Industriestandort behaupten werde.

Ein Thema, mit dem man sich in dem Zusammenhang beschäftigen müsse, sei zum Beispiel die Tatsache, daß sich die aggressiven spanischen Gewerkschaften und die spanische Regierung überhaupt nicht um ein Sonntagsarbeitsverbot kümmerten. Derartige Ungeheimheiten, die uns zu schaffen machen könnten, seien Fragen, die sich an alle Parteien, auch an die Kirchen und insbesondere an die katholische Kirche in Spanien, stellten.

Die Aussage, daß die Ausschreibung öffentlicher Aufträge erst 1992 vorgeschrieben werde, treffe nicht zu; dies sei bereits heute der Fall. Er habe schon in der Fragestunde dargelegt, daß sich die Niederländer daran EG-vertragsrechtswidrig nicht hielten und deswegen seit März ein Vertragsletzungsverfahren gegen sie laufe.

Man sollte sich also davor hüten, das Thema stets auf das Jahr 1992 auszurichten. Er rechne damit - so fügt er auf die Zwischenfrage von Frau Abg. Thoben (CDU), ob sich denn 1992 bei den öffentlichen Ausschreibungen nichts ändern werde, hinzu -, daß die EG-Kommission noch in diesem Jahr oder Anfang des nächsten Jahres eine Richtlinie herausgeben werde, wonach die Beschaffungspolitik aller öffentlichen Haushalte bereits jetzt, 1989, auf eine andere Rechtsgrundlage gestellt werde. Er habe auch nie bestritten, daß man sich schon mitten in einem Integrationsprozeß befinde.

Er habe die erwähnte Pressekonferenz bewußt zusammen mit unter anderem dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen, Crone-Erdmann, abgehalten, um der Wirtschaft nahezubringen, daß die Chancen und Risiken in den einzelnen Branchen, in den einzelnen Betriebsgrößengruppen, bei den einzelnen Produkten und Dienstleistungen ganz unterschiedlich gelagert seien und nicht einfach summierend bewertet werden könnten. Die ganze Argumentation müsse verantwortlicher geführt und könne nicht einfach mit allgemeinen Schlagwörtern wie dem großen Wachstumsschub oder der Deregulierung abgetan werden.

Wenn hier von den Ängsten des Handwerks gesprochen worden sei, dann interessiere ihn die Haltung der CDU und der F.D.P. zum Beispiel zur Handwerksordnung und zu der Frage, was aus dem großen Befähigungsnachweis werden solle. Wie Frau Abg. Thoben durch Zwischenruf geltend gemacht habe, gebe es dazu eine offizielle Haltung der

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

CDU. Dann stelle sich für ihn immer noch die Frage, ob Frau Abg. Thoben sich diese Haltung zu eigen mache. Denn die Abgeordnete habe soeben von der Deregulierung gesprochen und nach seinem Verständnis betont, daß sich das Handwerk diesem Prozeß unterzuordnen habe. Bei einem eventuellen Mißverständnis sollte die CDU die Gelegenheit wahrnehmen, ihre Haltung in dieser Frage klarzustellen.

Selbstverständlich könne man von einem Einführungsbericht in den Haushalt nicht Antworten auf alle anstehenden Fragen erwarten, die gemeinsam aufgearbeitet werden müßten. Das gelte im übrigen auch für die im Laufe der Diskussion angesprochene Studie des RWI. Er wehre sich nicht gegen die vom RWI vorgenommene Bestandsaufnahme, die Risiken und Vorteile aufzeige. Er habe sie ja sogar in Auftrag gegeben, um das zu erfahren. Er wehre sich aber dagegen, daß Indiskretionen mit ganz bestimmten Absichten begangen würden und tendenziöse Veröffentlichungen von Teilen des Gutachtens erfolgten.

Er habe auch starke Bedenken dagegen, wie die Studie angelegt worden sei; denn wenn man einfach mit großen branchenbezogenen Blöcken argumentiere, werde man dem anstehenden Thema nicht gerecht. Man müsse sich auf einen Vorgang einstellen, mit dem man sich längere Zeit werde beschäftigen müssen und mit dem man verantwortlich umgehen müsse, um die eigenen Chancen auch wirklich wahrnehmen zu können und sich nicht selbst um diese Chancen zu bringen, um auch nicht die zweifellos vorhandenen großen Risiken noch selber hochzureden.

Leider aber sei die Opposition in diesem Lande stets dazu bereit, ein Risiko hochzureden und es so darzustellen, als wenn es nicht vorhanden wäre, wenn nur die Regierung guten Willens wäre. Die Dinge seien wesentlich komplizierter, und wenn der Landtag bei diesem Vorgang eine Rolle spielen wolle, dann müsse er sich auf eine verantwortliche Beratung dieser Zusammenhänge einstellen. Deswegen sei es seine herzliche Bitte, Parteitagsreden oder Reden auf Vereinsveranstaltungen nicht schon als Antworten in der Sache mißzuverstehen.

Frau Abg. Thoben (CDU) erwidert, was den großen Befähigungsnachweis betreffe, so halte, wie ihre Fraktion bei ihren gestrigen Gesprächen in Brüssel erfahren habe, auch die Kommission eine Änderung auf diesem Gebiet nicht für notwendig. Und die Aussage der Bundesregierung mit dem Bundeskanzler an der Spitze, daß der große Befähigungsnachweis als Zugangsvoraussetzung für eine selbständige Tätigkeit im Handwerk erhalten bleiben solle, sei eindeutig.

Noch nicht geklärt sei die Frage, wie der Anspruch eines Ausländers, der in diesem Bereich im Ausland tätig geworden sei, nach 1992 in der Bundesrepublik aussehen werde: ob es bei den bisherigen Zeitspannen von drei bzw. fünf Jahren bleiben werde oder ob vom Ausland her noch Interventionen in Richtung auf eine Verkürzung dieser Zeitspannen vorgebracht würden. Die CDU gehe davon aus, daß die bisherigen Zeitspannen unverändert bestehenblieben. Sie weist

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
50. Sitzung

05.10.1988
the-ro

darauf hin, daß auch nach jetziger Handhabung ein Ausländer, wenn er eine bestimmte Anzahl von Jahren in einem Handwerksberuf im Ausland tätig gewesen sei, hier im Inland Anspruch auf Eintragung in die Handwerksrolle habe.

Wenn der Minister der Opposition vorwerfe, jedes Risiko hochzureden, dann gebe sie diesen Vorwurf an die SPD wegen einer Reihe von Äußerungen, die sie zum Thema "neue Technologien" gemacht habe, weiter. Dieses Thema spiele im übrigen im nächsten Tagesordnungspunkt eine Rolle, und wenn es zutreffe, daß die heutige Sitzung aus Raumgründen um 13.30 Uhr beendet sein müsse, dann bitte sie, die Haushaltsberatungen an dieser Stelle zu unterbrechen und den nächsten Tagesordnungspunkt aufzurufen, weil dazu eine Beschlußfassung vorgesehen sei.

Abg. von Unger (CDU) unterstreicht die Kritik an der Aussage des Ministers, daß Risiken hochgeredet würden. Wenn ein Risiko beim Namen genannt werde, damit es bewußt werde und möglichst ausgeschaltet werden könne, dann sei dies besser, als ein bestehendes Risiko wegzureden und die Betroffenen ungeschützt in dieses Risiko hineinlaufen zu lassen.

Abg. Mernizka (SPD) bittet im Zusammenhang mit den Seiten 11/12 - NRW-EG-Programm RESIDER - im Hinblick auf eine dem Sinne nach dahin gehende Erklärung von Frau Abg. Thoben (CDU), daß die Antragstellung des Landes Nordrhein-Westfalen "schlampig" gewesen sei und daß man mehr hätte erreichen können, wenn man einfach den Antrag des Saarlandes abgeschrieben hätte, um eine Stellungnahme des Ministers.

Minister Dr. Jochimsen betont, daß sein Bericht im Wirtschaftsausschuß vom 23. August 1988 der überraschenden Presseerklärung von Frau Abg. Thoben (CDU) vorausgegangen sei. Der Vorwurf, daß das EG-Programm RESIDER wegen einer fehlerhaften Anmeldung in Brüssel für die Arbeitsmarktregionen Duisburg/Oberhausen, Bochum mit Hattingen und Witten sowie Dortmund/Unna nur verzögert in Kraft treten könne, sei nicht stichhaltig.

Im Februar habe die Europäische Gemeinschaft ein Programm zur Unterstützung der Umstrukturierung von Stahlregionen beschlossen, die vom Strukturwandel in der Stahlindustrie in besonderem Maße betroffen oder bedroht seien.

Im März habe die Landesregierung die für die Außenvertretung zuständige Bundesregierung gebeten, die Arbeitsmarktregionen Duisburg/Oberhausen, Bochum, Dortmund/Unna, Essen/Mülheim und Siegen bei der EG-Kommission zu diesem Programm anzumelden. Dabei hätten Land und Bund darin übereingestimmt, daß es zweckmäßig sei, alle fünf Arbeitsmarktregionen anzumelden, weil anhand der in der EG-